

Der Beobachter



für die Lande an Sieg und Dill, an Lahn, Lenne und Eder.
Wochenschrift der Deutschen Volkspartei des Siegerlandes.

2.
Jahrg.

Der „Beobachter“ kostet vierteljährlich Mh. 2.10 ohne Bringerlohn und Postgebühren. Er wird bestellt bei allen Postanstalten, sowie in der Geschäftsstelle Brüderweg 1 und der Druckerei Obergrienen 5/1.

Samstag,
23. Oktober 1920

Anzeigen, die nur in beschränktem Umfange aufgenommen werden, finden im „Beobachter“ weiteste Verbreitung. Die Kleinzeile kostet Mh. 0.30 bei Mehraufnahmen entsprechender Preisnachlaß.

43.
folge

Inhalt der Nummer:

Wir Jungen.

Von Eduard Stadler, Berlin.
Reichsjugendtag der Deutschen Volkspartei.
Saben wir noch ein Vaterland?

Eine Rede Dr. Kahl.
Frankreich und die Ruhr.

Von Reinhold Georg Quack.
Kommunale Selbstverwaltung.

Die Volksnahrung und der Abbau der Zwangs-
wirtschaft.

Verkehrs- und Wirtschaftsfragen.

Von Reichstagsabg. Seibert.

Zur Frage der Bezirkswirtschaftsräte gemäß Ar-
tikel 165 der Reichsverfassung.

Ein Vorschlag zur Güte.

A. Heinrichsbauer.
Aus der Partei.

Wir Jungen!

Von Eduard Stadler, Berlin.

Die Tagung des Zentralverbandes der Deutschen Volkspartei zeigte, wie in diesem Lager eine zielbewußte Politik des deutschen Wiederaufbaues frei von aller Parteibefangenheit getrieben wird. Deswegen können wir auch heute das Wort einem Manne geben, der sich bemüht, über den Parteien zu stehen, aber aus jeder zu nehmen was brauchbar ist für das große Ziel. Führer der Arbeit und der Jugend, erntet in praktischer Arbeit seine Früchte. Manchem vielleicht ein unbequemer Aufruf er aus parteibogmatistischem Schlummer, aber reich an fruchtbaren Anregungen verspricht dieser Altkämpfer, der im Westen gegen Frankreich steht und schließlich im Osten russischer Kriegsgefangenschaft verfiel, der dem Zentrum angehörte, aber, von der Erbsengerei abgestoßen, der Deutschen Volkspartei nahestand, ein Emmentaler zu werden zu dem sozialen Frieden, der die Voraussetzung zur Wiederherstellung unserer Weltgeltung ist. Die Schrift.

Von den Parteien, wie sie sind, trennt uns das Erlebnis des Krieges, das Erlebnis der Revolution.

Die Weltkriegsrevolution hat nicht nur formalpolitisch das Antlitz der Welt verändert, sie wühlte die Seele der Menschheit auf. Die äußeren Veränderungen überstürzten sich. Teils sie überholend, teils hinterdrein hinführend, begleitete sie das Bewußtsein der Menschen. Dies Mischen des menschlichen Bewußtseins nannte man „Umlernen“.

Anderer sprachen von „Fortschritt der Gesinnung“. Manche sogar von „Revolutionierung an Geist und Seele“.

Im „Wie“ schieden sich die „Umlerner“. In zwei Lager. Die einen wechselten das äußere Gewand. Die anderen wurden innerlich gewandelt. Jenen war das Feldgrau der Militäruniform die Uniformierung der Volksgemeinschaft. Diesen aber erschütterte das kriegerische Erlebnis das sogenannte Nationalbewußtsein zum wahrhaften Volksbewußtsein. Viele pochten sich den veränderten Umständen an um herauszufinden, oder noch mehr zu verdienen und den größeren Verdienst in größerem Genuß umzusetzen. Andere hingegen verwandelten die neue Umgebung zu einem besseren eignen Ich, um ebensoviel oder mehr hinzugeben. Händlerisch-kompromißlos war das „Umlernen“ auf der einen Seite, auf der anderen das „Umlernen“ auf der anderen Seite.

Aufs Politische angewandt bestand der Unterschied des „Umlernens“ darin, daß die einen nur pro forma und zeitweise die parteipolitische Zirkelflektung abstreiften, um die Zwangsuniform des deutschen Einheitsbewußtseins einzuziehen, während die anderen tatsächlich ihren inneren Kern von der Parteipolitik erlösten, um einer schöpferischen, gemeindeutschen Gesinnung Luft zu schaffen. Jene kehrten bei der ersten besten Gelegenheit zum alten Standpunkt zurück, desertierten von der Einheitsfront, verschachtelten gegen kleinen persönlichen Gewinn die selbstgegründete Gesinnungsunion gegen alle Parteiangehörigen. Sie gaben sich auf die verheißungsvollen Wege des parteipolitischen Kriegs, Friedens- und Revolutionsgewinnertums, und vergaßen über dem kleinen Partei-Ich das deutsche Volk. Die anderen hingegen blieben beim Erlebnis. Verabschiedeten sie die innere Wandlung vom Herbst 1914 zum Rekrutenleben. Im Schützengraben wurde weiterer Geistes- und Gesinnungsballast abgelegt. Verwundung oder Gefangenschaft steigerten die Glut des Erlebens. Und die Revolution, welche den Konjunktur-Umlernern mit dem Niederrücken äußerer Schranken schnellen und billigen Erfolg brachte, entführte in ihnen diese Erlebnisglut zum hellleuchtenden Brand.

Wir Jungen rechnen uns zu den ersten Umlernern. Im Weltkrieg fanden wir nicht Befriedigung oder Rechtfertigung angelernter, angelernter Maximen, angelernter Formen. Im Gegenteil. Alles war uns Aufwühlung. Um-

wälzung, Verinnerlichung, Konversion. Das Kriegserlebnis war nichts Erdachtes, Erklügeltes, künstlich Gefühltes, halb Gewolltes, sondern Erschautes, Erlebtes, Errungenes. Das Umlernen, das in uns wurde, war das schöpferische Werden unseres im Krieg bloßgelegten innersten Seins.

So entfremdeten wir uns den alten Parteien. Die „Bongen“ lebten nur äußerlich mit dem Krieg, trotteten mit, als „Führer“ hinter allem dreinhumpelnd. Sie erlebten ihn nicht, kämpften nicht mit, verantwortungsfreudig, an der Spitze. Die Parteimaschinen selbst blieben in den Redaktionen des Konjunktur-Umlernens stehen. Als dann die Konjunktur-Revolution aus diesem Sumpf den Dreieckigen Himmel spritzte, ging der Lärm der Parteimaschinen ohrenbetäubend über uns dahin. Die „Bongen“ taten wieder, als ob sie „führten“.

Wer kann es uns Jungen verargen, daß wir nicht mitmachten! Daß wir leidenschaftlich, ehrlich entrüstet, in Wort und Schrift, mit der Unbedingtheit von Müssenden diesem System des systemlosen Geistes den Krieg erklärten.

Aber man achte wohl darauf! Unsere Absage an die alten Parteien war nichts Negatives. Wir lehnten sie nicht ab, weil wir sie nicht kannten oder nicht kennen wollten. Wir kamen ja aus ihnen und kannten sie nur zu genau. Wir waren nicht parteiendlich, so wie der junge Naumann es war. Wir verfolgten ja nicht wie er unpolitisch politische Ziele. Noch viel weniger waren wir darüber „verschnappt“, daß die Parteien in diesem oder jenem Belang unser „Interesse“ verfolgten. Was war uns „Interesse“?

Wir befristeten nicht; wir rüttelten auf. Wir zerlegten nicht; wir setzten zusammen. Wir reißen nicht nieder; wir bauen auf.

Es fühle er aus dazu berufen, das alte Parteiwesen als Parteiuwesen zu überwinden. Das Weltkriegserlebnis hat uns diese Berufung ins Herz eingebrannt. Wir wissen uns stark genug, die positiven Kräfte, die in den Parteien schlummern, gegen die Verhärtungen und Erstarrungen alter Formen zu neuem Leben zu erwecken. Wir werden auch erreichen, daß unser armes Volk nochmals von einer starken Einheitsfront aufbauender und schaffender Kräfte umfaßt werde, um äußere und innere Zerlegungsmächte mit Erfolg abzuwehren zu können.

Das Beste in allen Parteien ist uns gerade gut genug, um in der Glut des Kampferlebnisses das

Krieges, des Noterlebens der Revolution, zum Stahl eines deutschen Einheitswollens verschweißt zu werden. Insofern sind wir nur schmerzbar gegen alle Parteien. In Wirklichkeit sind wir mit den Besten und Edelsten aller Parteien. Wir stehen rechts. Nichts als rechts. Unser Nationalbewußtsein glüht dort am feurigsten, wo es gilt, die polare Gegenmacht des sozialistischen Proletariats auf dem Wege echten Gemeinschaftstrebens nicht für irgendeine Partei, sondern für den Wiederaufbau von Wirtschaft und Staat zu gewinnen. Dieser Weg geht nicht links über parteimechanistisches und parteiparlamentarisches Konvertitentum, sondern rechts über die Selbstvernichtung der Partei durch Gliederung und Erfassung des ganzen Volkes in deutschen „Arbeitsgemeinschaften“.

Wir stehen links. Linker als links. Unser Sozialismus ist die Kameradschaft des Krieges, die Arbeitsgemeinschaft des Sklavenfriedens, die Notgemeinschaft der Zusammenbruchrevolution. Der Sozialismus ist dort am stärksten, wo es gilt, den marxistischen Sozialismus des 19. Jahrhunderts, jenes negative Widerspiel des Kapitalismus, zu überwinden, um Bürgertum und Proletariat, Industrieführertum und Arbeiterführertum zur neuen Gemeinschaft zu verschweißen. Dieser Sozialismus hat mit Zahntechnik, Demagogentum, Überläufertum nichts zu tun. Er stößt geradezu zum aristokratischen Führergedanken durch, aller Gleichmacherei des versteinerten Marxismus zum Trotz.

Wir stehen in der Mitte. Zentraler als die Mitte. Den von der Demokratie zu Unrecht monopolisierten und schematisierten Volksgemeinschaftsbegriff fassen wir tiefer und weiter. Vermittlung wollen wir nicht, sondern Verschmelzung. Kompromiß durch Vertiefung der Gegensätze lehnen wir ab. Wir wollen organische Machtsteigerung. „luste milieu“ als Produkt von zahlenmäßig der Majorisierung ist uns ungerechte Mitte, Selbstsinns-Mitte, Faulheits-Mitte. In der Mitte wollen wir Kraft sehen, Verantwortung, schöpferische Individualität, gewollte Synthese, immanente Gliederungsraft.

Hier sind die Macher gleich bei der Hand, um diese irrationale Politik ins Reich der Utopie zu verwirklichen. Und wir geben gern zu, daß denen, die das Leben geistig einwärts und vernunftgemäß vorausbestimmen können, eine solche Willenspolitik geradezu phantastisch dünken muß. Uns selbst aber ist diese Politik erlebte Wirklichkeit. Der Weltkrieg hat uns gezeigt, daß die rationalistische aus der „Gleichheit“ erflüßelte „Kreiselheit“ in den sehr irrationalen „Brüderlichkeitslaunen“ der Jahre 1914-18 mündete, und wir erleben nunmehr, wie die fanatischen Erben des französischen Republikanismus in die noch unheimlicher irrationalere Weltrevolution bürgerlich hineinzuwuchern. Warum sollen wir ihnen nicht von der Unvernunft des Hasses an die Unvernunft der Volksgemeinschaftsliebe appellieren?

Mit der parteipolitischen Aufklärung — ein Jahrhundert hindurch! — habt ihr Allen diesen Weltkrieg nicht verhindert. Nicht eine Sekunde können wir beschuldigen, daß ihr mit diesem Krieg den Revolutionsbürgerkrieg verhindert. Drum laßt uns! Wir gehen unseren Weg. In den Parteien. Mit den Parteien. Gegen die Parteien.

Den Weg zur neuen deutschen Volksgemeinschaft.

Reichsjugendtag der Deutschen Volkspartei.

Minden, 2. Oktober.

Weit über 20 000 junge Deutsche sind in über 200 Ortsgruppen der Deutschen Volkspartei angeschlossen und sind bereit, auch an ihrem Teil mitzuarbeiten am Wiederaufbau des deutschen Vaterlandes. Der Gedanke, die Gruppen in einem

Reichsjugendtag einander näherzuführen, hat lebhaften Anklang gefunden, und als der Ruf nach Minden am einzigen deutschen Meeresstrom erging, da waren so viele Gäste bereit, daß sich heute über 1200 hier einfanden. Während nachmittags der Vertretertag der Jugendgruppen lange Beratungen pflog, beschäftigten die übrigen Gäste die Sehenswürdigkeiten der Stadt und die Kanalanbauten. Der Begrüßungsabend im Festsaal des Rosentals nahm einen stimmungsvollen Verlauf. Reichstagsabg. Dr. Hugo hielt die Begrüßungsansprache: Heute gelte es, Kräfte zu sammeln für die Zukunft, das Volk von innen heraus bereit zu machen für ein neues Deutschland; der Geist, der die Revolution machte, müsse überwunden werden durch Schaffung eines neuen Geistes, der nur bedingungslose Hingabe an das Vaterland kenne. Die Feinde können uns drücken, aber unser nationalen Stolz wollen wir uns erhalten. Die heutige Stunde sei mit sein größtes Erlebnis, denn er sei Zeuge geworden, daß ein neues Geschlecht aufwache. Jeder möge aus der Tagung neue Kraft mit hinausnehmen zum Arbeiten fürs Vaterland. Die heilige Flamme der Liebe zu ihm solle uns dazu begeistern. Ein brausendes Hoch klang empor, dem ein neues folgte, als ein Versammlungsteilnehmer Hindenburgs gedachte, an den ein herzliches Begrüßungstelegramm abgeschickt wurde.

Stadttrat Ludwig-Harzburg hielt die Festrede, in der er die Aufgaben der Jugendvereinigungen beleuchtete, die die Bedeutung des Namens „Vaterland“ erkennen lernen müssen, um zu empfinden, daß die Heimat heiliges Land sei. Die Großtaten deutscher Geschichte sollen unvergessen bleiben; ein Ruf unendlicher Sehnsucht geht durch die Geschichte, der immer wieder zu neuen Taten anfeuert. Auch heute, trotz aller Schmach und Niedertracht, gelte es, an der Erfüllung mitzuarbeiten. Straßburg und Marienburg sind deutsch und bleiben deutsch. Es gebe kein anderes Volk, das Männer wie Luther, Goethe, Mozart und Beethoven habe. Deren Schätze könne uns niemand rauben, wenn's uns noch so schlecht gehe. Die Liebe zum Vaterlande müsse in alle Gänge getragen und dort, wo der Wille zum Aufstand geboren werden. Es müsse zur ernstesten Pflicht werden, in allem begreifen das Vaterland an die Spitze zu stellen, dann werde es ewig sein. (Stürmischer Beifall.)

Der Abend wurde durch musikalische, gesangliche und theatralische Vorträge und Aufführungen, Volkstänze aufs Schönste ausgestattet und hat alle vollauf befriedigt.

Festgottesdienst am Portabentmal.

Tausend und fünfshundert Menschen versammelten sich in den Morgenstunden des Sonntags am Fuße des Kaiser-Wilhelm-Denkmals in Minden zu einem Festgottesdienst, zu dem mit den Morgenländern noch eine ganze Reihe von Teilnehmern aus der Umgegend im besonderen aus Bielefeld, angefahren war. Das Wetter war der Veranstaltung nicht eben günstig. Nebelschwaden hingen dicht über den Rosentoren, hatten sich fest in den Kronen des herbstbunten Waldes und verhielten dem Blick den Meeresstrom. Das sonnenlose, orange, trübe Geröll der Erde einen Vergleich mit dem heutigen Deutschland nahe und nah den Reden, die gehalten wurden, und in denen der Glaube und die Sehnsucht nach einem neuen, freieren Deutschland widerklang, eine eigenartige Resonanz.

Schöne, schlichte und starke Worte von deutschem Wesen, deutschem Kulturbewußtsein und deutschen Aufstrebendheiten sprach Pastor Dr. L. Thier, Charlottenburg, der seiner Ansprache den Bibelwort: „Wachet steht fest im Glauben, seid männlich und stark“ zur Grundlage gesetzt hatte. Eindringlich und begeistern wirkte der Redner der deutschen Jugend ihr Wachstum an der deutschen Erde nachzuführen und die aufbauende schöpferische Kraft des deutschen Idealismus einem zerlegten

den und einseitigen Materialismus entgegenzustellen.

Nach dem gemeinsamen Gesang des Liedes „Ich hab mich ergeben“ hielt

Abgeordneter Dr. Stresemann

eine Festansprache, die eine gedrängte Form mit einer ungewöhnlichen Wucht der Gedanken verband. Der Redner führte ungefähr folgendes aus:

„Anders hatten wir uns diese Feiertage gedacht. Wir hofften, die Blide weit und frei schweifen lassen zu können in deutsches Land über den einzigen Strom, der noch den Namen deutsch im vollen Sinne des Wortes verdient insofern, als wir auf ihm nicht die Farben fremder Völker zu erblicken brauchen. Nebel und Regen verhüllen jegliche Aussicht. Ein Bild des gegenwärtigen Deutschlands!“

Ist dieses trostlose Bild, das die deutsche Gegenwart bietet, unsere Schuld? Müssen wir durch die Welt und unser eigenes Leben mit gesenktem Haupte gehen? Müssen wir uns schämen, Deutsche zu sein? Müssen wir an den Toren der anderen Nationen anknöpfen und bitten und betteln, von ihnen als gleichberechtigt aufgenommen und anerkannt zu werden? Um alle diese Fragen beantworten zu können, müssen wir Stellung nehmen zu den Strömungen und Kämpfen der Gegenwart. In Braunschweig tagt heute ein Friedensgesellschaft, die die Entwicklung beirrt, die das deutsche Volk an den Abgrund des Versailler Friedensvertrages geführt hat. (Pfui rufe.) Ist das

die neue Weltreligion.

die das nicht mehr kennen will was für uns die höchsten Werte bedeutet. Deutschtum und deutsches Vaterland? Soll das höchste Kulturerbe sein, die das Bodenkündige, Starke einer unklaren Idee von allgemeiner Menschlichkeit opfert?

Durchsehen vor der Geschichte kann sich nur der, der mit geistigen Mächten und materiellem Reich eintritt für ein geschlossenes Volksganze! Unter einem Wesen sind unter deutsches Empfinden, unsere deutsche Sprache, deutsche Märchen, deutsche Lieder, deutsche Geschichte. In dieser Eigenart liegt etwas Gottgewolltes, Menschgewordenes, etwas, das durch eine tausendjährige Tradition geheiligt ist. Wie ich den Menschen verachte, der nicht mit Ehrfurcht spricht von den Sagen und seiner Familie, so sel verachte, wer nicht mit Ehrfurcht spricht von seinem Volk und der Geschichte seines Volkes. Wir wollen uns bewusst sein, daß wir

in erster Linie Deutsche

und erst in zweiter Linie Diener am Werke der Menschheit sind und wenden uns bewußt gegen die Strömungen, die der Jugend sagen wollen: Dein Deutschtum geht auf in dem allgemeinen Menschentum. Es gibt ein Wort Nean Pauls: „Die Erinnerung ist das einzige Paradies, aus dem wir nicht vertrieben werden können.“ Die Erinnerung aber lehrt uns ein Deutschtum, das groß und mächtig dastand, in dem der Staatbürger deutsch war und das den Osten so weit erfaßte, wie wir dort — frei von Annexionsgefühlen — wertvolle Kulturarbeit leisteten.

Was aber brachte uns zur Einigkeit, was zu großer Macht? Das war

nicht Massenwille, nicht Demokratie.

Geschichte machen führende Persönlichkeiten, die sich ihrer großen Verantwortung bewußt sind.“

Unter diesem Gesichtswinkel warf dann der Redner einige charakterisierende Schlaglichter auf das vergangene Jahrhundert deutscher Geschichte. Er stellte dann den Bismarckischen Geist als ausbauendes deutsches Prinzip dar und fuhr fort: „In seinem innersten Herzen ist

das deutsche Volk monarchistisch gesinnt.

In einem höheren Sinne bedeutet das, daß das deutsche Volk Führer sehen will, und diesen Führern folgt, wenn sie ihre Eignung als Führer erwiesen haben.

Was ergibt sich daraus? Sollen wir den Blick senken, das eigene Vaterland anklagen? Nein und abermals nein! Das ist Sklaventalismus des Geistes, der uns glauben machen will, daß man sich nicht erheben müsse, um zur Macht zu gelangen. Er unternimmt es, die Heidentaten des deutschen Volkes gerinzer einzuschätzen, als sie draußen in der Welt gewertet werden!

Die Geschichte ist unser Lehrmeister. Nach dem Frieden von Tilsit war Deutschland tiefer noch erniedrigt, als nach dem Versailler Friedensdiktat. Und daraus ergibt sich für uns ein Hoffnungsstimmer, vor dem die Nebel der Gegenwart zerreißen. Ich kann an keinen Gott im Himmel mehr glauben, wenn

der Schandfrieden eine Welttatfache

bleiben sollte. Es gibt keinen größeren Hohn auf die Gerechtigkeit als das, was man den Frieden von Versailles nennt. (Bravo!) In dieser klaren Erkenntnis wollen wir die Jugend erziehen und diese Erkenntnis nicht durch heuchlerische Phrasen verwirren lassen.“

Am Schlusse seiner Ausführungen wandte sich der Redner an die deutsche Jugend mit den Worten: „Nicht internationale Schwärmerien und Utopien, sondern Deutschtum und deutsches Wesen sei der Mittelpunkt eures Wollens und Werdens. Nötiger denn je ist auch die körperliche Erhaltung des jungen Geschlechts. Die Wurzeln einer neuen Kraft liegen in der Natur. Sucht und erlernt die Schönheiten der deutschen Erde. Nehmt sie als Herz und Sinn als höchsten Gewinn auf.“

Werdei Verantwortlichkeit, nehme Verantwortung auf euch! Nur Menschen mit diesen Qualitäten haben die Berufung zu Führern. Die Hart und zielbewusst ihren Weg verfolgen und sich nicht abstellen lassen. In solchen Führern liegt die Kraft zum Aufsteig, zum Fortschritt in wirtschaftlicher, kultureller und politischer Hinsicht!

„Was mag es euch nützen, wenn ihr das Vaterland nicht liebt? Das Vaterland ist das Heil und das Glück des Volkes. Und immerdar muß es heißen: Deutschland, Deutschland über alles!“

Nach dem gemeinsamen, begeisterten Gesang des Liedes „Deutschland, Deutschland über alles“ sang die „Bruderkette“ Feiler am Kaiser-Wilhelm-Festplatz in ein brausendes Hoch auf das deutsche Vaterland aus.

Haben wir noch ein Vaterland?

Eine Rede Dr. Kahl.

In Weimar, wo die Reichsversammlung der Deutschen Volkspartei am 20. September und 1. Oktober eine zweitägige Besprechung abhielt, fand Geh.-Rat Dr. Kahl bei einem geselligen Beisammensein nach der Tagung in einer Begrüßungsrede namens der Abgeordneten der früheren Nationalversammlung zündende und begeisterte Worte des unerschütterlichen Glaubens an unser deutsches Vaterland. Er führte etwa folgendes aus:

„Das Wort der Begrüßung kann keinen anderen Inhalt und kein anderes Ziel haben, als einen Gruß an unser Reich und unser Vaterland. Es fordert es der wahre und so oft falsch zitierte Geist von Weimar. Es fordert es auch die Arbeit, die wir in Weimar verrichten haben. Gruß an das Vaterland! Da kommt die Frage: Haben wir noch ein Vaterland? In den ersten Stillen des November schien das Staatsleben überhaupt zusammenbrechen zu wollen. Dann kam nach dem ersten Rufen der Revolution ein Anfang von Selbstbestimmung und Weimar hat dem deutschen Volke wieder eine Verfassung gegeben. Auch sie trägt die Überschrift Deutsches Reich. Den Namen hätten wir also gerettet. Haben wir damit auch die Sache, das, was wir mit der ganzen Innigkeit unseres Empfindens feiern und begrüßen als unser Vaterland? Denn alles ist ja anders in diesem Reich, zerstückelt sein Leib, sein Ehrenkleid zerissen, ein Gestirnter Demokratie gestaltet unser ganzes Staats- und Volksleben. Ein Anspruch auf Massenherrenschaft tritt auf, erfüllt von tödlichem Rassengeist. Da entsteht die Frage: Ist dieses Reich das Gehäuse, das wir erfüllen können mit unserem vollen, vaterländischen Empfinden? Sie wissen, daß es heute viele gibt, die nicht den Mut und die Kraft finden können, diese Frage zu bejahen und nichts mehr aufbringen können von dem Gefühl, der Reichsfreudigkeit. In verzweifelter Stimmung sind sie und glauben, daß das Verhängnis des deutschen Vaterlandes und Volkes sich erfüllen müsse. Man kann diese Stimmung verstehen, jeder von uns hat Minuten gehabt, in denen er sie auch durchgelebt hat. Aber wie sind uns auch darin einig: Sie ist ein Irrweg und auf keinen Fall unser Weg. Denn nicht das ist heute die Frage, ob wir dieses neue Reich lieben, sondern die Frage ist, ob wir in ihm das Gehäuse finden, in dem wir durch treue Arbeit den Wiederaufbau unseres Vaterlandes in Angriff nehmen können, und diese Frage bejahen wir. Denn die Lage ist doch so: Daß wir überhaupt noch ein Reich haben, empfinden unsere Feinde als die einzige Unvollkommenheit ihres Sieges, und dieses Reich zu schützen und zu halten, das also ist die Aufgabe, der wir unser Leben widmen müssen. Der Friede von Versailles wird nicht so durchgeführt und zu Ende gebracht werden, wie er mit Blut und Ungeheuerlichkeit

geschrieben worden ist. Auf diesen Glauben hin will ich leben und sterben. Ich halte es mit dem griechischen Weltweisen: Es hätte keinen Sinn mehr zu leben, wenn die Gerechtigkeit nicht wäre. Dieser Sinn der geschichtlichen Gerechtigkeit mag unseren verbundenen Augen heute verdeckt sein, aber der Tag der Gerechtigkeit wird kommen. Darauf warten zu können in Geduld und Arbeit, das ist die Kunst der wahren Vaterlands- und des wahren Glaubens an das Vaterland. Und in diesem Geiste haben wir auch in Weimar unsere Arbeit getan und das ist der Geist, in dem wir die schwersten Tage unseres persönlichen und vaterländischen Lebens überwunden haben. Lassen Sie uns festhalten auch in den tiefsten Nöten und in den schwersten Krisen an dem unerschütterlichen Glauben an das Vaterland. Das ist augenblicklich die höchste Weisheit. Ohne den Glauben, der Berge versetzt, ist es unmöglich, die Not unseres Vaterlandes zu überwinden.“

Frankreich und die Ruhr.

Von Reinhold Georg Duang.

Das Tragische unserer Lage läßt sich in zwei Worten zusammenfassen: In Deutschland leben 20 bis 30 Millionen Menschen mehr, als sein Boden ernährt. Sie leben von der deutschen Ausfuhrindustrie. Sie zu zerstören, sind Frankreich und der „Friedensvertrag“ wettlaufend bemüht. „Ihr habt 20 Millionen Deutsche zuviel“, hat uns Clemenceau zugerufen.

Es führte aus, was Versailles befohl. Die wirtschaftlichen Folgen des Abkommens von Spa treten jetzt greifbar in die Erscheinung. Es mehrten sich die Meldungen über Betriebseinschränkungen und gänzliche Stilllegungen aus allen Zweigen der deutschen Industrie. Bei Anbruch der kalten Jahreszeit wird sich diese Krise erheblich verschärfen. Die Thonhütte in Hamborn, die über der Kohle gebaut ist, wird amerikanische Kohlen einführen, um ihren Betrieb aufrechterhalten zu können. Auf der Gutehoffnungshütte ist die erste Sendung amerikanischer Kohlen bereits eingetroffen. Andere Werke müssen diesem Beispiel folgen. Deutsche Röhren müssen heute mit fremder (ebenfalls amerikanischer) Kohle brennen.

Unsere eigene Kohle, die wir dem Fleiße unserer Arbeiterschaft verdanken, die trotz schlechter Lebenshaltung Überflüssen leistet, um die Erfüllung des Spaer Abkommens zu ermöglichen, muß aus dem Lande heraus, damit in Frankreich große Vorräte angehäuft werden und der französische Volkswirtschaft und ihren wirtschaftlichen Expansionsbestrebungen als Grundlage dienen. Der Eisen- und Stahlindustrie, von der im Frieden jeder zehnte Deutsche lebte, hat als größter Kohlenverbraucher die Hauptlast der Einschränkungen auf sich zu nehmen. Was eine Industrie bedeutet, die ohnehin infolge Kohlenmangels mit der Hälfte ihrer Leistungsmöglichkeit arbeitet, ist leicht zu übersehen. Der weitere wirtschaftliche Niedergang wird nicht auf die Eisen- und Stahlindustrie beschränkt bleiben, sondern er wird übergreifen auf die weiterverarbeitende und die Fertigungsindustrie, die in der Versorgung mit Halbfabrikaten von den Hüttenwerken abhängig sind. Man denke an die chemische Industrie, früher ein Hauptpfeiler deutscher Wirtschaft, an die Maschinenindustrie, in der Deutschland einen solchen Aufschwung sah, usw. Am schwersten werden gerade die Fertigungsindustrien leiden, in denen am meisten menschliche Arbeit steckt. Ebenso schwer und in erster Linie wird Ostdeutschland den Kohlenmangel spüren; denn je weiter das Empfangsgebiet, desto größer die Bezugsschwierigkeit!

In den ersten Monaten dieses Jahres führten wir allmonatlich Waren im Werte von 4,5 bis 5 Milliarden Mark aus. Infolge der verminderten Beförderung der Fertigungsindustrie mit Kohlen und Halbfabrikaten wird die Exportmenge auf weniger als die Hälfte zurückgehen. Unsere Ausfuhr wird deshalb auf rund 1800 bis 2000 Millionen Mark im Monat zurückgehen. Damit können wir nicht einmal die notwendigen Lebensmittel, Rohstoffe usw. aus dem Auslande einführen. Es schließt sich der Kreislauf der Dinge. Die Möglichkeit, Werte zu

schaffen, mit denen wir unsere Wirtschaft erhalten und unsere Schulden im Innern und nach außen bezahlen könnten, ist unserer Volkswirtschaft genommen. Die Folge ist zunehmende Verarmung und weitere Verschlechterung der Lebenshaltung unseres Volkes.

Was bedeutet das für unser Volk? Einfach die Tatsache, daß wir ein Drittel der Volksgenossen nicht mehr ernähren können. Ist unsere Ausfuhrindustrie erst völlig dahin — und innere wie äußere Feinde arbeiten kräftig daran —, so müssen 20 Millionen Deutsche auswandern und — wenn ihnen die Mittel dazu fehlen oder sie im Auslande kein Unterkommen finden — sterben und verderben. An dieser eheernen Tatsache ändert kein demagogisches Geplärre etwas. Es lohnt daran nur etwas ändern der geschlossenen und entschlossenen Willens unseres Volkes, wenn es endlich die tolle Siegerlaune des Feindes satt bekommt.

Wo ein Wille, da ist ein Weg. Vierzig Jahre hat Frankreich mit allen Kasern und Fibern nach „Revanche“ gebüffelt. Es hat sie jetzt. Für jeden Fuß deutschen Bodens, den wir 1871 zurückgewonnen, gaben wir ein Quadratmeter her. Für jeden Franzosen, den der Weltkrieg umbrachte, sollen hundert Deutsche sterben.

Hierzu ist eines nötig: die Vernichtung unserer Kohlenbasis. Ohne Kohle keine Industrie. Daher die Angriffe auf die Saar und Oberschlesien. Ohne die deutschen Kohlengruben kann Deutschland nicht ausführen, was es ausführen muß, um die Lebensbedürfnisse seines Volkes überflüssig zu bezahlen. Also gilt der nächste französische Angriff der Ruhr.

Alle Opfer, die wir in Spa brachten, waren vergebens. Vergebens hungert und friert der Deutsche, um dem übermütigen Gegner die Kohle zuzuführen, die dieser gar nicht verbrauchen kann; denn faktisch treibt das „arme“ Frankreich mit der deutschen Kohle Handel. Vergebens wird der Deutsche Hunger und Kälte tragen, der Franzose will doch in die Ruhr.

Vergebens warnen die Sachverständigen in Spa. Die Regierung unterdrückt trotzdem. Sie wollte selbst die schwersten wirtschaftlichen Folgen auf sich nehmen, wenn nur eins vermieden wurde: die Besetzung des Ruhrgebietes.

Die Truppen der Entente stehen am Rhein. Vor ihnen liegt der Ruhrbezirk mit seinen Kohlenflüssen und seiner Industrie. Die Tragfähigkeit dieses Landes zum Deutschen Reich ist nach Ansicht der Franzosen ein schwerer Fehler des Vertrages von Versailles, der beseitigt werden muß, um die Zerstörung Deutschlands zu vollenden. Der Ruhrbezirk mit seinen Kohlen und Erzkörpern mit seinen Erzen bildeten vor dem Kriege eine politische und wirtschaftliche Einheit. Zwischen dem südwestlichen und dem niederheinischen Industriegebiet spielte sich ein Verkehr ab, der zu den dichtesten Verkehrssträngen der Welt gehörte. Die neuen politischen Grenzen durchschnitten diese wirtschaftlichen Beziehungen. Die meisten Werke des hiesigen Gebietes verloren ihre Erzbasis, während an Frankreich eine von uns errichtete moderne Großindustrie fiel, der jedoch infolge der Abtrennung von Deutschland die Kohlengrundlage fehlt. Alle Versuche von deutscher Seite, über die neuen politischen Grenzen hinweg mit den Franzosen zu vernünftigen wirtschaftlichen Abmachungen zu kommen, die beiden Industrien die Möglichkeit des Weiterbestehens gesichert hätte, sind vergeblich gewesen. In Spa legte uns die Entente Kohlenlieferungen auf, die den Betrieb der Hochöfen und der übrigen industriellen Werke in Frankreich gewährleisten, den Bestand unserer eigenen Werke auf das äußerste gefährden. Diese Zwangslieferungen bedeuten bereits wirtschaftlich eine teilweise Annexion des Ruhrkohlengebietes durch Frankreich. Von den 470 000 Ruhrbergleuten arbeiten jetzt 128 000 für die Franzosen.

Unter Anwendung aller Kräfte ist es bisher gelungen, auf Kosten unserer eigenen Volkswirtschaft das Spaer Abkommen zu erfüllen. Ist Frankreich nun zufrieden? Im Gegenteil. Nichts bedauert Frankreich mehr als die politische Einhaltung des Vertrages. Ein Zurückbleiben Deutschlands hinter den eingegangenen Verpflichtungen wäre der erwünschte Grund zum Einmarsch für die Franzosen gewesen.

Da die Wahrheit also keinen Grund bietet, muß die Lüge helfen. Die französische Presse organisiert einen neuen planmäßigen Lügenfeldzug, dem die deutsche Öffentlichkeit mit der bei uns in Dingen der Auslandspolitik üblichen, verständnislosen Stumpfheit gegenübersteht. Französische Meldungen wissen zu berichten von einem großen wirtschaftlichen Aufschwung der Werke von Etienne, Thyssen und Krupp. Ein Mehrfaches an Erz und Kohle, verglichen mit dem Jahre 1914, sollen diese Werke im Geschäftsjahre 1919/20 verbraucht haben. Krupp fabriziere entgegen den Bestimmungen des Versailler Vertrages weiterhin Kriegsmaterial, 12 Ztm.-Geschütze und solche größeren Kalibers. Altes Kriegsmaterial würde zerstört, aber neues daraus hergestellt. 2000 neue Schnellfeuergeschütze sollen bereits fertig sein. 4200 Schlepperfahrzeuge seien in Tangermünde angestellt, Lufttorpedos und kleinere Geschütze würden ebenfalls fabriziert. Die Bevölkerung in den besetzten Gebieten trage feldgraue Uniform, so daß sie bei einem Marschbefehl zur Front die Kleider nicht zu wechseln brauche.

Deutscherseits schwieg man, der unzerstörbaren deutschen Auffassung huldigend, man müsse nur Recht haben, um Recht zu behalten. Erst als die angesehenste englische Zeitschrift „Economist“ eine Zuschrift ihres Pariser Mitarbeiters mit den gleichen Angaben brachte, richtete die Firma Krupp an den „Economist“ eine Zuschrift, die von der Zeitschrift am 25. September veröffentlicht wurde und in der u. a. folgendes gesagt wird:

„Was die über den Verbrauch an Kohle, Koks usw. genannten Zahlen angeht, so möchten wir nur wünschen, daß uns die Materialien auch nur annähernd in den von Ihrem Korrespondenten für 1920 genannten Zahlen zur Verfügung ständen. Diese Zahlen sind aber so abwegig, daß jeder, der auch nur einigermaßen sachverständig ist, ihren Widersinn auf den ersten Blick erkennt.“

Tatsächlich ist der Verbrauch an Erz, Kohle an anderem Material aller Krupp'schen Werke im Geschäftsjahre 1919/20 ganz erheblich hinter dem von 1913/14 zurückgeblieben. Dies ist nicht zu verwundern; waren doch von den vorhandenen 16 Hochöfen, deren Zahl im Kriege nicht vermehrt wurde, während des größten Teils des letzten Geschäftsjahres nur sechs im Betrieb. Der Erzverbrauch betrug noch nicht ein Siebtel der in dem Artikel für 1919/20 angegebenen Ziffer. Ob es in Zukunft möglich sein wird, selbst diese geringe Ermengung zu verarbeiten, hängt davon ab, ob nicht weitere Kürzungen unserer Kohlenbelieferung vorgenommen werden. Die uns zurzeit zur Verfügung stehende Menge an Kohle und Koks beläuft sich auf kaum ein Viertel der in dem Artikel für 1920 angeführten Ziffer.

Angesichts der scharfen Kontrolle, die unsere Sieger in den deutschen Betrieben mit allen Mitteln ausüben, waren die Lügen zu handgreiflich. Kein Wort, sagt der amtliche englische Bericht, sei an der ganzen Sache wahr. In Essen selbst habe die feindliche Kommission 4500 unvollendete Geschütze zerstört. Selbst in Ostpreußen, wo die Materialübergabe zeitweilig durch das Vorrücken der Bolschewisten unterbrochen war, nehme die Übergabe und Zerstörung des Materials durch Kontrollkommissionen ihren regelmäßigen Fortgang.

Was die Franzosen wollen, sagen sie selbst: sie weisen auf die Möglichkeit hin, daß Frankreich früher oder später gezwungen sein werde, das Ruhrgebiet zu besetzen. Marshall Koch erklärte vor einigen Tagen in Metz, die Sicherheit Frankreichs verlange unter allen Umständen, daß das rheinisch-westfälische Kohlengebiet besetzt werde.

Politisch hat Frankreich unbedingt die Hegemonie in dem festländischen Europa. Politisch vermochte es in letzter Zeit auch manchen Sieg selbst über England zu erringen. Sein Streben geht jetzt nach der wirtschaftlichen Führerschaft. Frankreich will reiflos und rücksichtslos alle Gewinne aus der gewonnenen Partie. Seine Führerschaft glaubt es aber nur gesichert, wenn Deutschland völlig entvölkert und zerstört ist. Dazu braucht es die Ruhr.

Das deutsche Volk und seine leider so ohnmächtige Regierung mögen versichert sein: solange die Franzosen nicht das Ruhrgebiet in ihrer Hand haben, werden sie ihnen nie etwas recht machen können, und wenn sie zu den arkten Opfern ent-

schlossen sind. Mit dieser Tatsache müssen wir rechnen, als einem Grundgesetz für unsere Haltung.

Marshall Koch erklärte in Metz, nur eine Anzahl Panzerwagen mit Besatzung sei zur Besetzung des Ruhrgebiets erforderlich. Damit merkt wohl recht haben. Kaum einen Tag dürfte es für die Durchführung dieser militärischen Operation benötigen. Dann aber wird es allerdings Schwierigkeiten geben; doch Frankreich ist stark und hat zweifellos die Macht, auch große militärische Aufwendungen zu machen, um das Ruhrgebiet militärisch fest in seine Hand zu nehmen. Ob Frankreich auf die Dauer die westfälischen Ruhrbergleute zu der Arbeit, die sie jetzt freiwillig leisten, wird zwingen können, bleibt abzuwarten. Hier im Lande der Kohle und des Eisens hat das Volk wenig Lust zur Knechtschaft. Und letzten Endes ist ein Maß in den Dingen. Rechten Endes wird auch uns das Schicksal nicht mehr aufbürden, als wir tragen können. Es könnte der Tag kommen, an dem der gebendete und gefesselte Einsen an den Säulen rüttelt und unter den Trümmern Europas auch der frevelmütige „Sieger“ sein Grab findet.

Kommunale Selbstverwaltung.

Über das, was der kommunalen Selbstverwaltung heute an Gegenwartsbedeutung und an Zukunftshoffnung innewohnt, gehen die Meinungen weit auseinander. Die einen sagen, sie sei mit all ihren kostbaren Werten bereits zugrunde gegangen oder doch daran, zugrunde zu gehen; und neue Form wie neuen Inhalt müsse die Selbstverwaltung bekommen, um künftig auf wirtschaftlichem Gebiete das zu halten, was sie auf kommunalen einst versprochen habe, um es jetzt gar so wenig zu erfüllen.

Andere dagegen glauben, daß aus dieser Zeit voll beispielloser Verantwortung in der Reichs- und Staatsverwaltung, die mit ihrem geradezu unverantwortlichen Weg- und Durcheinanderwerfen aller früher maßgebenden Verwaltungsmaximen, widerrevolutionären Republik zu verbannten haben, nur herausführen kann die schneller zur Einsicht des Notwendigen und zur Klärung des Verworrenen führende engere Gemeinschaft als die Zelle, von der das gesunde Leben dem ganzen Körper erwächst.

Wo liegt Wahrheit? Die Beantwortung dieser Frage ist von ungeheurer Bedeutung, denn von ihr hängt die ganze Gestaltung des Verhältnisses zwischen Staat und Gemeinde, hängt vor allem ab, ob die künftige Gesetzgebung nach so weit greifendem, so frei sich auswirkendem Schaffen der Kommunen auf jenen Gebieten der Bildungs-, Gesundheits- und Wohlfahrtspflege Raum bieten soll und darf, in denen Pionierarbeit geleistet zu haben der deutschen Selbstverwaltung Stolz und Ehre war.

Freilich nicht immer. Die deutsche Stadtgeschichte im letzten Jahrhundert ist lehrreich in jeder ihrer Phasen.

Die Städte des Mittelalters waren in ihrer Blütezeit autonom, von jeder Bevormundung frei. Durch innere Kämpfe von der einstigen Höhe herabstürzt, beraubte sie der Absolutismus jeglicher Selbstständigkeit. Die Stein-Hardenberg'sche Gesetzgebung, die zum Muster für ganz Deutschland wurde, gab sie ihnen wieder: nicht mehr aber als Autonomie, sondern nur als Selbstverwaltung, d. h. im Rahmen des übergeordneten staatlichen Willens.

Soweit dieser übergeordnete staatliche Wille jedoch nicht ausdrücklich Schranken aufrief, war den Gemeinden Freiheit gegeben, zu tun und zu lassen, was ihnen beliebte. Der Grundsatz: „Was nicht verboten ist, ist erlaubt“, ist der erste wesentliche Inhalt der preussisch-deutschen Selbstverwaltung gewesen, in fundamentalem Gegensatz (nebenbei bemerkt) zum so oft, fälschlicherweise, gerühmten englischen Selbstgovernment, dessen entsprechendes Prinzip lautet: „Nur was besondere Gesetze den Gemeinden ausdrücklich gestatten, dürfen sie tun.“

Das zweite Charakteristikum der preussisch-deutschen Selbstverwaltung sollten ihre Ausübung durch von der Bürgerhaft, als einer um das Wohl des Ganzen besorgten Interessengemeinschaft, gewählte eigene Organe sein.

Als Drittes kam die Beteiligung der Verwalteten selbst an der Verwaltung in ehrenamtlicher Funktion hinzu, damit auf solche Weise die engste Verbindung zwischen beiden Seiten, auch zwischen Bureaucratie und praktischem, immer neu befruchtetem Leben geschaffen werde.

Auf dieses letzte Moment haben die Väter der Selbstverwaltung geradezu entscheidenden Wert gelegt. Noch um die Mitte des 19. Jahrhunderts wurden auch in recht ansehnlichen Städten alle eigentlich verantwortlichen Stellen, mit Ausnahme vielleicht des leitenden Bürgermeisters, im Ehrenamt verwaltet. Und zur Zeit des höchsten Aufschwunges der kommunalen Verwaltung, als die man doch wohl die Wende des 19. und 20. Jahrhunderts bezeichnen kann, war eine der wesentlichsten Sorgen aller Einsichtigen, trotz aller Hemmnisse, die der ehrenamtlichen Betätigung aus der wachsenden Schwierigkeit sowohl des Amtes wie der Freimachung gerade der Kenntnis- und erfahrungsreichsten Bürger für solche Geschäfte erwachsen, jene mit Hilfe einer zeitgemäßen Organisation unter allen Umständen zu erhalten. Heute scheint man sie als wertlosen Plunder hinwegzuwerfen. Überall der Ruf nach Umwandlung von ehrenamtlichen in bezahlten Posten; jede Stunde Tätigkeit für die Gemeinde, einst als „gemeinnützig“ ausgeübt, soll ihren Angenden Lohn haben; in Berlin (es ist dort Magistratsverfassung) beschließt die sozialdemokratische Mehrheit zum Musterbeispiel für neuzeitliche Exzentrizität gegen die Stimmen aller bürgerlichen Parteien, daß der neue Magistrat von Groß-Berlin nur aus besoldeten Mitgliedern bestehen solle.

Vielleicht aber gibt man das Alte auf und läßt die Steuerzahler erhöhte Lasten tragen, weil man dadurch größere Sorgfalt, gediegeneren Kenntnisse, tüchtigere Verwaltungsroutinen für die Gemeindeverwaltung gewinnen will. Das wäre Entschuldigung genug! Aber auch hier ist das Bild vorab recht trübe, und wer gerade die deutschen Städte, ihre Leistungen und ihre Kräfte aus ganzer Seele liebt, sollte sich der Erkenntnis nicht verschließen, daß die „gegenwärtige“ Verwaltungspolitik in der Stadtverwaltung ein zwar sehr kostspieliges Geschäft ist, aber die Qualität wohl bislang nicht sonderlich gehoben hat. Immer schon hat es geniale oder höchsttalentierte Männer gegeben, die, ohne die sonst übliche Schulung genossen zu haben, zum Höchsten fähig waren, und es ist vielleicht die schwerste Schuld vergangener Zeiten gewesen, solchen Kräften manchen Weg verschlossen zu haben. Aber alles in allem hatte doch wohl jener so ausgezeichnete Kenner der englischen und deutschen Kommunalverwaltung, Dawson, recht, als er kurz vor Ausbruch des Weltkrieges als eine der wichtigsten Ursachen der damals in der ganzen Welt angestaunten Erfolge der deutschen Selbstverwaltung gerade den familiär geschulten, im Amt und von Amts wegen unpolitisch orientierten Berufsbürgern (er bezeichnete. Man wird den politischen Einschlag, den die Gemeindeverwaltung nun einmal (sehr zum Schaden ihrer Gesamtleistung und sehr fern ihrem eigentlichen Wesen) angenommen hat, nicht wieder beseitigen können. Aber auf die Dauer wird nicht ohne die schwersten Beeinträchtigungen die Wahrheit erkannt werden dürfen, daß Voraussetzung für eine Verwaltung nur derjenige zu tragen und sie unter dieser Verantwortung nur derjenige recht wirklich zu leisten vermag, der sie selbst in all ihren Einzelheiten und Verzweigungen kennt, überblickt und versteht. Dazu aber gehört nun einmal mehr als nur staatspolitische Routine oder nur parteipolitische Bewährung.

Der Rahmen für die sachliche Betätigung der Städte schließlich war seit 1808 weit ausgespannt. Aber das erst, dem folgenden Halbjahrhundert und wohl noch ein bis zwei Jahrzehnte darüber hinaus haben wenig getan, ihn zu füllen. Einmal war der Geist der Zeit dem wenig geneigt, zum ändern und vor allem (das soll man jener viel geschmähten Periode in Dankbarkeit nie vergessen) hielt man es für Pflicht, durch Abtragung der Kriegsschulden zunächst erst einmal den Gemeinden eine gesunde finanzielle Grundlage zu geben, auf der dann weiter gebaut werden könne. Und diese Politik hat dann, zusammen mit der in die Rathäuser einziehenden Erkenntnis von der sozialen Mission gerade der Kommunalverwaltung, jene beispiellose Kraftentfaltung ermöglicht,

welche
Kuhm
wie D
unter
Meer
Epob
gang
hier u
fast h
Finan
in der
waren
N
und f
nach
jener
unert
tisch
der k
Deut
bildl
gesta
durft
— W
der S
legter
finanz
tung u
versch
jorgt
ihrem
tion r
baut.
Gesch
macht
für d
preuß
sprach
zweite
ter A
aber.
fie.
tungs
Endes
diese
dehnu
ten,
wertu
Gebie
banen
En
nen h
ner a
Zehlf
Selbst
ibres
Gefel
Deut
ten G
En
tenne
Berw
der S
lem
gegen
mit n
Der
über
Geda
weltg
den b
nigste
allen
zu re
D
M
Bon
N
gung
Frei
schuß
dem
wirts
vieler
ange
lang
lett

welche bis zum Ausbruch des Weltkrieges den Ruhm der deutschen Städte — und die rheinischen wie Düsseldorf, Köln, Duisburg und Essen waren unter ihnen wahrlich nicht die letzten — über alle Meere getragen hat. Aber soviel Neues diese Epoche brachte: eines blieb als Erbe der Vergangenheit. Es waren die im Einzelfall wohl hier und da verlassenen, als Allgemeinut aber fast heilig gehaltenen Grundsätze einer gesunden Finanzpolitik, deren Voranschläge und Planungen in den meisten Kommunen ebenso mustergültig waren wie ihre Rechnungen und Ausführungen.

Unter solchen Umständen war es berechtigt und klug, wenn das dem Wortlaut des Gesetzes nach sehr umfangreiche staatliche Aufsichtsrecht in jener Zeit, die man heute so gern als die eines unerträglichen Obrigkeitsstaates bezeichnet, praktisch so gehandhabt wurde, daß Dawson auch die der kommunalen Selbstverwaltung in Preußen-Deutschland gelassene Bewegungsfreiheit als vorbildliches Muster für die ganz anders, weil enger gestalteten Verhältnisse in England hinstellen durfte.

„Keine Ausgabe ohne Sicherheit der Deckung.“ — Wo ist heute vielfach auch dies Prinzip gesunder Selbstverwaltung geblieben? Jene, die der leichten Ende voraussetzten, sahen bereits den finanziellen Zusammenbruch sich nahen. Verwaltung nach parteipolitischer Orientierung ist immer verhängnisvoll in den Ausgaben und wenig besorgt um deren Deckung gewesen. Das liegt in ihrem Wesen, weil jede parteipolitische Konstellation vorübergehend ist und nicht für lange Zeiten baut. Verwaltung nach allein sachlich-sachlichen Gesichtspunkten schafft für Generationen und macht für die Zukunft nicht minder sorglich wie für die Gegenwart. So hat jene erste Periode preussisch-deutscher Selbstverwaltung, von der wir sprachen, die Zukunft gesichert, so hat sie ihr im zweiten Abschnitt Ausflüchten geradezu unbegrenzter Möglichkeiten geöffnet. Die dritte Periode aber, in der wir uns heute befinden, vernichtete sie. Denn die Gegenwart häuft so verantwortungslos und blind Lasten auf Lasten, die letzten Endes der Zukunft allein zu tragen bleiben, daß diese einfach gezwungen sein wird, auf jede Ausdehnung ihrer kommunalen Tätigkeit zu verzichten, ja wahrscheinlich einen Teil gerade ihrer wertvollsten, nämlich ihrer auf sozialpolitischem Gebiet freiwillig übernommenen Aufgaben abzugeben.

Sicherlich ist das Bild nicht in allen Kommunen so schwarz, wie ich es hier entwarf. Der Kenner aber und der objektiv Urteilende wird wenig Hoffnungen in ihm finden. Selbstverwaltung setzt Selbstzucht voraus. Alles, was über 100 Jahre ihres Wesens guten Kern ausmacht, ist heute in Gefahr. Noch müssen sich mit die besten Männer Deutschlands, diese Gefahr zu bannen. Aber letzten Endes gibt es nur eine Wahl:

Entweder finden die heutigen Stadtverordnetenversammlungen und die von ihnen gewählten Verwaltungsorgane sich überall zum guten Geiste der Selbstverwaltung zurück, mit mehr finanziellem Verantwortungsgesühl, mit mehr Rückgrat gegen auf normale Weise unerfüllbare Wünsche, mit mehr Selbstzucht, wie ich es oben erwähnte. Oder es ist zu befürchten, daß gerade die bislang überzeugtesten und warmherzigsten Vertreter des Gedankens der Selbstverwaltung demnächst ihre weitgehende Einschränkung in der Gegenwart werden befürworten müssen, um für die Zukunft wenigstens noch so viel von ihr zu retten, was nach allen Sünden der letzten 1½ Jahre von ihr noch zu retten ist.

Die Volksernährung und der Abbau der Zwangswirtschaft.

Von Wilhelm Dusch, Mitglied des Reichstags.

1.

Nach Annahme des sogenannten Ermäßigungs-gesetzes auch für den ersten Reichstag im Freistaate Deutschland beschließt u. a. der Ausschuß für Volkswirtschaft im Einvernehmen mit dem Reichsrat über den Abbau der Zwangswirtschaft in Ernährungsfragen. Bei den vielen Sitzungen, die der Ausschuß während der augenblicklichen Vertagung des Reichstages bislang abgehalten hat, trat eine seltene Einmütigkeit bei fast allen diesen Fragen unter den Mit-

gliedern der sämtlichen bürgerlichen Fraktionen von den Deutschen bis zu der Bayerischen Volkspartei zutage, die zu dem fast regelmäßig wiederkehrenden Abstimmungsergebnis führte, bei Anwesenheit sämtlicher Mitglieder, wie bei der Aufhebung der Kartoffelbewirtschaftung, bei der Freigabe des Fleisches und dergleichen mehr, daß alle 16 Stimmen der bürgerlichen Parteien für die Aufhebung unter gewissen Voraussetzungen waren, während die 7 Mitglieder der Mehrheitssozialdemokraten und die 5 Mitglieder der Unabhängigen stets dagegen stimmten.

Unter den mancherlei Eingaben, die man als Abgeordneter bekommt, befinden sich allerdings nicht nur solche aus allen bürgerlichen Kreisen, sondern auch öfters solche von sozialdemokratischen Verbraucher-Organisationen und solche von einzelnen Mitgliedern der Sozialdemokratie, die die Zwangswirtschaft in Grund und Boden verwünschen und an deren Stelle zwecks Besserstellung der Ernährung die freie Wirtschaft fordern. Auch im Ausschuß für Volkswirtschaft habe ich ab und zu Neben einzelner sozialdemokratischer Mitglieder gehört, die für die Freigabe dieser oder jener bislang bewirtschafteten landwirtschaftlichen Produkte eintreten. Als ich auch gelegentlich der Beratung der vorjährigen Reichsgetreideordnung die Freigabe eines Teiles der Getreide forderte, um durch Verfüttung derselben im Interesse der Verbraucher die einheimische Schweinezucht zu heben, trat für diesen meinen Antrag ein bekannter Mehrheitssozialdemokrat ein, und zwar ein Abgeordneter, der eine seltene Eigenschaft bei einem Abgeordneten, wie bei einem Menschen überhaupt, auf allen Gebieten Bescheid zu wissen glaubt, zu allen möglichen Fragen im Ausschusse spricht und anscheinend deshalb niemals ausgetauscht wird. Als 5 Minuten nachher über meinen Antrag abgestimmt wurde, stimmte allerdings auch dieses Mitglied der sozialdemokratischen Fraktion dagegen.

Alle diejenigen, welche den Abbau der Zwangswirtschaft fordern, und besonders auch alle die Abgeordneten sämtlicher bürgerlichen Parteien, die in den einzelnen Fällen für diesen Abbau stimmten, haben hierzu ihre guten Gründe. Zunächst liegen sie auf psychologischen Gebieten. Der Deutsche im allgemeinen und besonders der Landwirt soll und muß wieder gesund werden in der Beziehung, daß er sich nicht mehr Tag für Tag gegen Bestimmungen zu vertheidigen braucht, die tatsächlich nur noch auf dem Papiere stehen. Als vor kurzer Zeit ein Landwirt des Lüneburger Landes zu drei Tagen Gefängnis verurteilt wurde, weil er zur Aufrechterhaltung seines Betriebes, d. h. um seine Leute befähigen zu können, ein Schwein mehr geschlachtet hatte, als er durfte, stellten innerhalb kurzer Zeit 2000 weitere Landwirte den Antrag beim Staatsanwalt, auch gegen sie aus dem gleichen Grunde das Strafverfahren einzuleiten. Ich glaube, wenn es sich in diesem Falle um einen Verbraucher gehandelt hätte, würden, schon weil es mehr Verbraucher als Erzeuger landwirtschaftlicher Produkte gibt, weit mehr als 2000 Verbraucher den Antrag haben stellen können, auch gegen sie ein Verfahren wegen Übertretung einer der Bestimmungen der Verordnungen über die Ernährung einzuleiten. Ich schätze den deutschen Richterstand als den höchsten der Welt, glaube trotzdem aber behaupten zu dürfen, daß die Zahl der wirklich unbefangenen Richter bei derartigen Sachen keine allzugroße mehr ist, weil auch sie, wenn sie mit ihren Frauen und Kindern leben wollten, unter der Zwangswirtschaft zu ständigem Sündigen verurteilt waren.

Außerdem hat die Zwangswirtschaft mancherlei wunderliche Blüten getrieben. Der Leiter der Reichsfleischstelle hat auf meine Anfrage hin selbst zugegeben, daß die Bewirtschaftung des Auslandsfleisches durch die Reichsfleischstelle einschließlich aller Unkosten das Kilo um 7,50 bis 8 Mark verteuere. Die Fleischerinnung einer großen Stadt erließ noch vor zwei Wochen einen Aufruf, daß sie im Interesse der Bevölkerung den Verkauf des angebotenen unvorteilhaften Fleisches verweigere. Der sozialdemokratische Bürgermeister einer Stadt in der bayerischen Pfalz erklärte, daß die Verteilung des Fleisches durch die Stadt dieses pro Pfund um 2 M. verteuere. In vielen Städten hat das teure und teilweise

recht mangelhafte Markenfleisch, weil es nicht abgenommen wurde, zu einer Wurst verarbeitet werden müssen, die zwar sehr teuer, aber meistens wenig gut war. In den verschiedenen Städten Deutschlands bestehen seit Monaten, teilweise seit Jahren Geheimfleischereien, die unter tierärztlicher Aufsicht stehen, die vor aller Augen ganze Ladungen Vieh bekommen, um die sich keine Behörde kümmert.

Obst und Gemüse sind unter der früheren Zwangsbewirtschaftung nicht zentnerweise, sondern waggonweise verdorben. Die Einwohner Deutschlands haben jahrelang eine Marmelade essen müssen, die nichts taugte, weil man in sie minderwertige Streckungsmittel hineingerieben hatte, obwohl man nicht so viel Zucker hatte, das in zu großen Mengen für die Marmeladeherstellung beschlagnahmt und damit der Allgemeinheit entzogene Obst in Marmelade umzuwandeln.

Große Mengen Kartoffeln sind verdorben, weil man jahrelang nicht einsehen wollte, daß Kartoffeln, noch dazu in soem Zustande, bei Frostwetter im offenen Eisenbahnwagen nicht ohne Schaden versandt werden können.

Weil man das Mehl unsachgemäß, vor allem Dingen zu hoch und zu lange lagerte, wurde es in großen Mengen hart wie Zement, und man ersand nicht nur Maschinen, sondern man benutzte auch solche, um aus diesem versteinerten Mehl ein, wenn auch nur schlechtes, Backmehl wiederherzustellen. Weil die frühere Regierung das fehlende Brotgetreide aus dem Auslande zu spät einkaufte und deshalb nicht genügend Mehl nach Deutschland hineinkam, wurden Streckungsmittel verwandt, nicht nur bedenklicher, sondern auch gefährlicher Art. Die Reichsgetreidestelle ließ weil sie die in großen Mengen angekauften Ragoonbohnen nicht los werden konnte, diese Bohnen in Mehl umwandeln, verwandte dieses Mehl teilweise mit zur Brotstreckung, obwohl bislang nicht feststeht, ob die Blausäure im Ragoonbohnenmehl, die beim Kochen zu Gemüse unschädlich wird, im Backprozeß sich verliert.

Verkehrs- und Wirtschaftsfragen.

Von Reichstagsabgeordneten Seibert.

Eine der vielen unangenehmen Erscheinungen der zweifelhaften Errungenschaften der Revolutionszeit stellte der vorjährige fast völlige Zusammenbruch der deutschen Eisenbahnen dar. Stundenlange Verspätungen, gänzlicher Ausfall von einzelnen und dann Gesamteinstellung der dem Personenverkehr dienenden Züge hatten eine Krise heraufbeschworen, wie sie vordem in Deutschland trotz aller Geschehnisse wohl von niemand als denkbar erachtet wurde. Die mannigfachen Ursachen dieser Krisis sind zu bekannt, als daß hier weiter darauf eingegangen zu werden braucht.

Die traurige Tatsache selbst zeigte die ungeheure Wichtigkeit der Eisenbahn für unser Verkehrs- und Wirtschaftsleben. Das bisher Selbstverständliche wurde zum Außergewöhnlichen und dadurch entsprechend mehr Beachtlichen. Die Eisenbahnverwaltung wurde mit Ratschlägen, wie dem durchgreifend abgeholfen werden könnte, gerade überschüttet, wie es nach bekannter Erfahrung mit den phantastischen Vorschlägen zur Verhütung von Unfällen geschah, nachdem ein solcher die Gemüter aufgeregt hatte.

Bei solchen Gelegenheiten, wie bei allem Sensationellem tritt das betreffende Objekt in den Vordergrund, wie man die Gesundheit meistens nur dann richtig bewertet, wenn man krank ist. Ein typisches Zeichen irgendeiner Krankheit des deutschen Eisenbahnbetriebes ist stets die Unpünktlichkeit. Im Auslande ist diese Erscheinung ja nichts Ungewöhnliches; Deutschland aber hat sich früher in hervorragender Weise vor allen anderen Ländern angenehm auch hierin ausgezeichnet. Die Pünktlichkeit im Eisenbahnverkehr wurde bekanntlich sehr häufig mit dem preussischen Militarismus und nicht ganz unbedeutend verglichen. Die Seele der Pünktlichkeit ist der grundlegende Ordnungssinn der deutschen Eigenart, die stramme Durchbildung der ausführenden und die rücholtlose Autorität der anordnenden Organe. Diese unbedingte

Voraussetzung, einen solchen komplizierten Apparat, wie die Eisenbahn ihn darstellt, in stöckungslosem Gang zu halten und wirtschaftlich zu gestalten, bedingt ganz selbstverständlich eine gewisse Furcht auch unter der freiesten Staatsverfassung. Heute allerdings ist das Wort Furcht wie ein rotes Tuch auf viele und ganz besonders auf die, die die zügellose Freiheit bei jeder passenden und mehr noch unpassenden Gelegenheit anbeten. Innerlich sind schon sehr viele und vor allem diejenigen von diesem Gögendienste geheilt, die nur aus Modennachäfung oder auch aus Furcht vor dem Terror ihm huldigen, nicht zum wenigsten viele der Eisenbahnbeamten. Hört man doch heute immer mehr die Ansicht äußern: So kann es nicht weiter gehen! Ordnung muß wieder eintreten, wenn das Defizit der Eisenbahn nicht unser Staatsinneres zugrunde richten soll. Der Geist der Gewissenhaftigkeit und Dienstpünktlichkeit, der alle anderen die deutschen Beamten auszeichnenden Tugenden weckt, dieser hervorragende Zug des deutschen Wesens macht sich immer angerechter bemerkbar und zeigt sich offensichtlich für jedermann auch im pünktlichen Eisenbahnverkehr. Leider sucht man in gewissenlosen Kreisen hierbei die hocherkauften Bestrebungen der Eisenbahnbediensteten und besonders der Lokomotivführer dadurch in Mißkredit zu bringen, daß man die Unterstellung verdreht: Seit die Lokomotivführer Pünktlichkeitserhalten, verkehren die Züge wieder planmäßig. Noch niemals haben die Staatsbahnlokomotivführer solche Gelder erhalten, daß für aber Strafgehalt für Verspätungen in oft mehr wie-erträglicher Weise. Immerhin gibt man damit, und sicher ungewollt, zu, daß einen wesentlichen Teil zur pünktlichen Beförderung von Zügen der Lokomotivbetriebe darstellt. Jedenfalls ist der Eisenbahnbetriebsbeamte, wie der Eisenbahnbeamte überhaupt, ein Faktor im Bereich des wichtigsten Staatsbetriebes, der mit in erster Linie dazu berufen ist, unser Verkehrs- und damit unser Volkswirtschaftsleben wieder zu heben und rentabel zu gestalten. Eine gerechte Wertschätzung im Rahmen der allgemeinen Möglichkeit innerhalb der zurzeit zur Beratung stehenden Beförderungsordnung den Eisenbahnbeamten angedeihen zu lassen, ist zweifellos mit dazu angetan, wirtschaftliche Nachwirkungen zu erzielen, die die dazu aufzunehmenden Mehrwerte auf der anderen Seite mehr wie einbringen werden.

In keiner anderen Verwaltung dürften die unhaltbaren Gegensätze zwischen hoher Arbeiterentlohnung und niederem Einkommen der Beamten so kraß in die Erscheinung treten wie bei der Eisenbahn. Hier endlich einmal stabile Zustände herbeizuführen und energisch auch vor allem den Kommunen für Arbeiterlöhne eine Grenze zu ziehen, wird das notwendigste und durchgreifendste Mittel sein, einen ruhenden Pol der Ausgaben zu schaffen, der eine der Möglichkeiten bietet, die Staatsbetriebe wieder gesund zu gestalten.

Zur Frage der Bezirkswirtschaftsräte gemäß Artikel 165 der Reichsverfassung.

Am 2. Oktober fand in Essen eine von der Vereinigung von Handelskammern des nordrhein-westfälischen Industriebezirks einberufene Versammlung statt, an der über 130 Vertreter der Wirtschaft aus Nordwestdeutschland, Bayern, Niedersachsen, Hessen und Mitteldeutschland sowie aus den Hansestädten teilnahmen. Die eingehende Besprechung galt der Frage des Wiederaufbaues der Wirtschaft auf der Grundlage der wirtschaftlichen Selbstverwaltung gemäß Artikel 165 der Reichsverfassung.

Syndikus Dr. Ercndt-Düffeldorf besprach die vom Reichswirtschaftsministerium herausgegebene Denkschrift über den Aufbau der Arbeiter- und Wirtschaftsräte und übte an ihr scharfe Kritik. Über die Notwendigkeit eines Wiederaufbaus des Wirtschaftslebens durch die regional orientierten und mit Selbstverwaltung ausgestatteten Bezirkswirtschaftsräte sprach Geheimrat Dr. Quag, M. d. R., Syndikus der Handelskammer Essen. In der ausführlichen Er-

örterung kamen Vertreter der bayerischen, niederländischen und holländischen Wirtschaftsorganisation sowie Hugo Stinnes und Generaldirektor Cuno zum Wort. Die Versammlung, die von Geheimrat Dr. Wiedfeldt, dem Vorsitzenden der Handelskammer Essen, geleitet wurde, faßte folgende Entschließung:

„Die am 2. Oktober in Essen versammelten Wirtschaftsvertretungen Nordwestdeutschlands sprechen sich nach eingehender Beratung, an der auch Vertreter anderer deutscher Wirtschaftsgebiete teilgenommen haben, dahin aus, daß den in der Denkschrift des Reichswirtschaftsministeriums herausgegebenen Entwürfen über den Aufbau der Arbeiter- und Wirtschaftsräte nicht zugestimmt werden könne. Insbesondere muß die Einrichtung von Wirtschaftskammern, die den Unternehmer- und Arbeiterkammern übergeordnet sein und als die Berufsvertretungen anerkannt werden sollen, abgelehnt werden, da hierdurch die Unternehmer- und Arbeiterkammern Körperschaften minderen Rechtes werden. Die Bezirkswirtschaftsräte sollen den Unterbau für den Reichswirtschaftsrat bilden.

Die Bezirkswirtschaftsräte umfassen in sich geschlossene Wirtschaftskreise und werden sich ihre Verfassung durch Satzung innerhalb der allgemeinen Bestimmungen eines Reichsrahmengesetzes selbst zu geben haben. Dieses Reichsrahmengesetz wird auch Bestimmungen über den Aufgabenkreis zu treffen haben, der den Bezirkswirtschaftsräten zufallen würde.

Bei dieser Organisation ist eine Häufung von Instanzen durchaus zu vermeiden. Je eine aus Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern zusammengesetzte Wirtschaftsvertretung in den Wirtschaftskreisen (Bezirkswirtschaftsräte) und im Reich (Reichswirtschaftsrat) genügen auch nach der Reichsverfassung für das tatsächliche Bedürfnis. An den Wahlen zum Reichswirtschaftsrat sind neben den Bezirkswirtschaftsräten auch die Zentralorganisationen zu beteiligen.“

Ein Vorschlag zur Güte.

A. Heinrichsbauer.

Trotz aller Beweise für die schädlichen Wirkungen einer Sozialisierung lassen sich diejenigen Arbeitnehmer, die einer Sozialisierung das Wort reden, nicht belehren, und zwar größtenteils nur deshalb nicht, weil sie sich eben nicht belehren lassen wollen. Es scheint fast so, als ob sie den durch die Sozialisierung angerichteten Schaden erst am eigenen Geldbeutel verspüren müßten. Es wäre aber höchst ungewöhnlich, das Experiment, wie in Rußland, im riesigsten Maße durchzuführen, da dann das ganze Wirtschaftsleben und mit ihm unser aller Existenz zugrunde gerichtet würde. Viel besser wäre es, nur eine verhältnismäßig geringe Anzahl Betriebe zu sozialisieren, indem man sie den Sozialisierungsküsten unter den Arbeitnehmern zur Verwaltung überließe.

Ein geeignetes Objekt hierfür wäre vielleicht die ehemalige Artilleriewerkstatt Spandau. Es wäre festzustellen, welche Reserven ähnliche Privatbetriebe dieser Größe für die Umstellung auf die Fabrikation von Friedenswerten verfügbar haben bzw. gebrauchen. Mit dieser Summe wäre dann der ganze Betrieb den Arbeitern und Angestellten zur Selbstverwaltung zu übergeben, es müßte aber durch behördliche Kontrolle überwacht werden, daß der Betrieb auch wirklich sich selbst überlassen bleibt und nicht zur Verwischung des Bildes von dritter Seite her mit Geldmitteln oder auf andere Weise unterstützt wird.

Die Arbeiterkassen müßten nun ausschließlich auf die Einnahme aus dem Betriebe angewiesen sein und es dürften vom Reich die produzierten Güter dem sozialisierten Werk nicht teurer bezahlt werden als der Privatindustrie. Im übrigen würden die Preise ja durch den freien Wettbewerb mit der Privatindustrie reguliert werden.

Zum Vergleich wäre ein ähnlicher Privatbetrieb heranzuziehen, der sich in demselben Verhältnis auf die Fabrikation von Friedenswerten umstellt oder umgestellt hat. Sollte ein solcher Privatbetrieb nicht gefunden werden, so dürfte es sich empfehlen, eine andere Artilleriewerkstatt einer Privatgesellschaft zu übergeben, welche, mit den verhältnismäßig gleichen Mitteln ausge-

stattet, den Betrieb unter gleicher behördlicher Kontrolle zu führen hat. In beiden Betrieben wäre die Arbeiterschaft zu verpflichten, sich bis zum Abschluß des Versuchs jeden Streiks zu enthalten.

Nach Abschluß des ersten Geschäftsjahres wäre dann festzustellen, nicht nur welche Gewinne die Arbeiter und Angestellten aus den einzelnen Betrieben gezogen haben, sondern auch, welche Gewinne für den Staat und die Gemeinden anfallen. Ein Verlust bei dem sozialisierten Betriebe wäre durch eine Sonderbesteuerung der Arbeiter und Angestellten dieses Betriebes auszubringen. Dies wäre bei Einleitung des Versuchs vertraglich festzulegen.

Um ein ganz zuverlässiges Bild zu gewinnen, wäre es vielleicht zweckmäßig, den Versuch auf breitere Basis zu stellen, indem man auf jeder Seite zwei bis drei Betriebe heranzieht. Da es annähernd gleichartige Betriebe sein müssen, würde man hier wahrscheinlich zur Sozialisierung einzelner Privatbetriebe greifen müssen. In diesem Falle müßte der Staat für etwaige Verluste der Unternehmer eintreten.

Bis zum Schluß des Versuchs müßten alle Sozialisierungspläne ausgesetzt werden. Eine Entscheidung dürfte zugunsten letzterer selbstverständlich nur dann gefällt werden, wenn sich einwandfrei ergibt, daß durch die Sozialisierung sowohl für den Staat, die Arbeiter und Angestellten, als auch für die Volkswirtschaft Vorteile erwachsen, wobei zu berücksichtigen ist, daß ein Einkommensausfall bei den Unternehmern und höher bezahlten Angestellten auch gleichzeitig einen Steueranfall für den Staat und die Gemeinden bedeutet.

Ein dritter Versuch dürfte zunächst schon den Vorteil bieten, daß ein Teil der Arbeiterschaft, wenigstens der besonnene, zum Abwarten bewart, und damit etwas Ruhe in die bewegte Gemüter gebracht wird. Im übrigen ist es besser, nur einen Betrieb dem Untergang preiszugeben, als unser gesamtes deutsches Wirtschaftsleben dem Ruin zuzuführen.

Aus der Partei.

Ein demokratisches Werturteil über Stinnes.

Der demokratische Reichstagsabgeordnete Erkelenz, der in der Gewerkschaftsbewegung steht und deshalb der Begünstigung der Unternehmerinteressen sicher nicht verdränglich ist, hat in außerordentlich bemerkenswerter Weise zur Frage der Sozialisierung des Bergbaus Stellung genommen. Er beschäftigt sich mit dieser Frage in einem Artikel der „Dresdener Neuesten Nachrichten“ (Nr. 251) unter der Überschrift „Wenn ich Reichskanzler wäre“. Seine Ausführungen gipfeln darin, daß die Sozialisierung des Bergbaus für die deutschen Staatsmänner aller Parteien eine außerordentlich schwere Belastungsprobe bedeute, und er führt in diesem Zusammenhang aus, daß kein anderer Mann so berufen sei mitzuhelfen, wie der Abgeordnete Hugo Stinnes. Die Aufgabe, die er als Reichskanzler dem Abgeordneten Stinnes übertragen würde, faßt er zum Schluß wie folgt zusammen: Die Kohlenförderung hängt ab von der Arbeitsfreudigkeit tüchtiger Betriebsleiter, tüchtiger Angestellter und tüchtiger Arbeiter. Die staatsmännliche Aufgabe der Zukunft liegt darin: Wie können wir diese drei Gruppen zusammen in dieselbe Aufgabe spannen. Wenn ein Mann in Deutschland diese Frage bahnbrechend lösen könnte, dann wäre es Hugo Stinnes.

Gegenüber den Sekereien und theoretischen Hirnspinnereien der Sozialdemokratie bedeutet diese Anerkennung, die von Arbeiterseite den hervorragenden Eigenschaften des praktischen Volkswirtes Stinnes und seiner Unentbehrlichkeit in der Sozialisierungsfrage geißelt wird, immerhin ein beachtenswertes Gegengewicht.

Die Abänderung der Schuldeputationen.

In der Preussischen Landesversammlung fand die dritte Beratung des Gesetzesentwurfs, betreffend die Abänderung der Zusammensetzung der Schuldeputationen,

2

Eisern-Siegener Eisenbahn. Fahrplan 1920/21.

Gültig ab 24. Oktober 1920.

Zug Nr.				Die Zeiten sind in der Pfeilrichtung zu lesen.				Zug Nr.			
2	4	6	8	2	4	6	8	1	3	5	7
An Werktagen.	An Sonn- und Feiertagen.	km	Haltepunkte.	km	An Werktagen.	An Sonn- und Feiertagen.	km	An Werktagen.	An Sonn- und Feiertagen.	km	Haltepunkte.
6:21	9:21	242	6:21	8:21	12:21	242	6:21	6:14	9:14	210	6:14
6:22	9:22	242	6:22	8:22	12:22	242	6:22	6:15	9:15	210	6:15
6:23	9:23	242	6:23	8:23	12:23	242	6:23	6:16	9:16	210	6:16
6:24	9:24	242	6:24	8:24	12:24	242	6:24	6:17	9:17	210	6:17
6:25	9:25	242	6:25	8:25	12:25	242	6:25	6:18	9:18	210	6:18
6:26	9:26	242	6:26	8:26	12:26	242	6:26	6:19	9:19	210	6:19
6:27	9:27	242	6:27	8:27	12:27	242	6:27	6:20	9:20	210	6:20
6:28	9:28	242	6:28	8:28	12:28	242	6:28	6:21	9:21	210	6:21
6:29	9:29	242	6:29	8:29	12:29	242	6:29	6:22	9:22	210	6:22
6:30	9:30	242	6:30	8:30	12:30	242	6:30	6:23	9:23	210	6:23
6:31	9:31	242	6:31	8:31	12:31	242	6:31	6:24	9:24	210	6:24
6:32	9:32	242	6:32	8:32	12:32	242	6:32	6:25	9:25	210	6:25
6:33	9:33	242	6:33	8:33	12:33	242	6:33	6:26	9:26	210	6:26
6:34	9:34	242	6:34	8:34	12:34	242	6:34	6:27	9:27	210	6:27
6:35	9:35	242	6:35	8:35	12:35	242	6:35	6:28	9:28	210	6:28
6:36	9:36	242	6:36	8:36	12:36	242	6:36	6:29	9:29	210	6:29
6:37	9:37	242	6:37	8:37	12:37	242	6:37	6:30	9:30	210	6:30
6:38	9:38	242	6:38	8:38	12:38	242	6:38	6:31	9:31	210	6:31
6:39	9:39	242	6:39	8:39	12:39	242	6:39	6:32	9:32	210	6:32
6:40	9:40	242	6:40	8:40	12:40	242	6:40	6:33	9:33	210	6:33
6:41	9:41	242	6:41	8:41	12:41	242	6:41	6:34	9:34	210	6:34
6:42	9:42	242	6:42	8:42	12:42	242	6:42	6:35	9:35	210	6:35
6:43	9:43	242	6:43	8:43	12:43	242	6:43	6:36	9:36	210	6:36
6:44	9:44	242	6:44	8:44	12:44	242	6:44	6:37	9:37	210	6:37
6:45	9:45	242	6:45	8:45	12:45	242	6:45	6:38	9:38	210	6:38
6:46	9:46	242	6:46	8:46	12:46	242	6:46	6:39	9:39	210	6:39
6:47	9:47	242	6:47	8:47	12:47	242	6:47	6:40	9:40	210	6:40
6:48	9:48	242	6:48	8:48	12:48	242	6:48	6:41	9:41	210	6:41
6:49	9:49	242	6:49	8:49	12:49	242	6:49	6:42	9:42	210	6:42
6:50	9:50	242	6:50	8:50	12:50	242	6:50	6:43	9:43	210	6:43
6:51	9:51	242	6:51	8:51	12:51	242	6:51	6:44	9:44	210	6:44
6:52	9:52	242	6:52	8:52	12:52	242	6:52	6:45	9:45	210	6:45
6:53	9:53	242	6:53	8:53	12:53	242	6:53	6:46	9:46	210	6:46
6:54	9:54	242	6:54	8:54	12:54	242	6:54	6:47	9:47	210	6:47
6:55	9:55	242	6:55	8:55	12:55	242	6:55	6:48	9:48	210	6:48
6:56	9:56	242	6:56	8:56	12:56	242	6:56	6:49	9:49	210	6:49
6:57	9:57	242	6:57	8:57	12:57	242	6:57	6:50	9:50	210	6:50
6:58	9:58	242	6:58	8:58	12:58	242	6:58	6:51	9:51	210	6:51
6:59	9:59	242	6:59	8:59	12:59	242	6:59	6:52	9:52	210	6:52
7:00	10:00	242	7:00	9:00	13:00	242	7:00	6:53	9:53	210	6:53
7:01	10:01	242	7:01	9:01	13:01	242	7:01	6:54	9:54	210	6:54
7:02	10:02	242	7:02	9:02	13:02	242	7:02	6:55	9:55	210	6:55
7:03	10:03	242	7:03	9:03	13:03	242	7:03	6:56	9:56	210	6:56
7:04	10:04	242	7:04	9:04	13:04	242	7:04	6:57	9:57	210	6:57
7:05	10:05	242	7:05	9:05	13:05	242	7:05	6:58	9:58	210	6:58
7:06	10:06	242	7:06	9:06	13:06	242	7:06	6:59	9:59	210	6:59
7:07	10:07	242	7:07	9:07	13:07	242	7:07	7:00	10:00	210	7:00
7:08	10:08	242	7:08	9:08	13:08	242	7:08	7:01	10:01	210	7:01
7:09	10:09	242	7:09	9:09	13:09	242	7:09	7:02	10:02	210	7:02
7:10	10:10	242	7:10	9:10	13:10	242	7:10	7:03	10:03	210	7:03
7:11	10:11	242	7:11	9:11	13:11	242	7:11	7:04	10:04	210	7:04
7:12	10:12	242	7:12	9:12	13:12	242	7:12	7:05	10:05	210	7:05
7:13	10:13	242	7:13	9:13	13:13	242	7:13	7:06	10:06	210	7:06
7:14	10:14	242	7:14	9:14	13:14	242	7:14	7:07	10:07	210	7:07
7:15	10:15	242	7:15	9:15	13:15	242	7:15	7:08	10:08	210	7:08
7:16	10:16	242	7:16	9:16	13:16	242	7:16	7:09	10:09	210	7:09
7:17	10:17	242	7:17	9:17	13:17	242	7:17	7:10	10:10	210	7:10
7:18	10:18	242	7:18	9:18	13:18	242	7:18	7:11	10:11	210	7:11
7:19	10:19	242	7:19	9:19	13:19	242	7:19	7:12	10:12	210	7:12
7:20	10:20	242	7:20	9:20	13:20	242	7:20	7:13	10:13	210	7:13
7:21	10:21	242	7:21	9:21	13:21	242	7:21	7:14	10:14	210	7:14
7:22	10:22	242	7:22	9:22	13:22	242	7:22	7:15	10:15	210	7:15
7:23	10:23	242	7:23	9:23	13:23	242	7:23	7:16	10:16	210	7:16
7:24	10:24	242	7:24	9:24	13:24	242	7:24	7:17	10:17	210	7:17
7:25	10:25	242	7:25	9:25	13:25	242	7:25	7:18	10:18	210	7:18
7:26	10:26	242	7:26	9:26	13:26	242	7:26	7:19	10:19	210	7:19
7:27	10:27	242	7:27	9:27	13:27	242	7:27	7:20	10:20	210	7:20
7:28	10:28	242	7:28	9:28	13:28	242	7:28	7:21	10:21	210	7:21
7:29	10:29	242	7:29	9:29	13:29	242	7:29	7:22	10:22	210	7:22
7:30	10:30	242	7:30	9:30	13:30	242	7:30	7:23	10:23	210	7:23
7:31	10:31	242	7:31	9:31	13:31	242	7:31	7:24	10:24	210	7:24
7:32	10:32	242	7:32	9:32	13:32	242	7:32	7:25	10:25	210	7:25
7:33	10:33	242	7:33	9:33	13:33	242	7:33	7:26	10:26	210	7:26
7:34	10:34	242	7:34	9:34	13:34	242	7:34	7:27	10:27	210	7:27
7:35	10:35	242	7:35	9:35	13:35	242	7:35	7:28	10:28	210	7:28
7:36	10:36	242	7:36	9:36	13:36	242	7:36	7:29	10:29	210	7:29
7:37	10:37	242	7:37	9:37	13:37	242	7:37	7:30	10:30	210	7:30
7:38	10:38	242	7:38	9:38	13:38	242	7:38	7:31	10:31	210	7:31
7:39	10:39	242	7:39	9:39	13:39	242	7:39	7:32	10:32	210	7:32
7:40	10:40	242	7:40	9:40	13:40	242	7:40	7:33	10:33	210	7:33
7:41	10:41	242	7:41	9:41	13:41	242	7:41	7:34	10:34	210	7:34
7:42	10:42	242	7:42	9:42	13:42	242	7:42	7:35	10:35	210	7:35
7:43	10:43	242	7:43	9:43	13:43	242	7:43	7:36	10:36	210	7:36
7:44	10:44	242	7:44	9:44	13:44	242	7:44	7:37	10:37	210	7:37
7:45	10:45	242	7:45	9:45	13:45	242	7:45	7:38	10:38	210	7:38
7:46	10:46	242	7:46	9:46	13:46	242	7:46	7:39	10:39	210	7:39
7:47	10:47	242	7:47	9:47	13:47	242	7:47	7:40	10:40	210	7:40
7:48	10:48	242	7:48	9:48	13:48	242	7:48	7:41	10:41	210	7:41
7:49	10:49	242	7:49	9:49	13:49	242	7:49	7:42	10:42	210	7:42
7:50	10:50	242	7:50	9:50	13:50	242	7:50	7:43	10:43	210	7:43
7:51	10:51	242	7:51	9:51	13:51	242	7:51	7:44	10:44	210	7:44
7:52	10:52	242	7:52	9:52	13:52	242	7:52	7:45	10:45	210	7:45
7:53	10:53	242	7:53	9:53	13:53	242	7:53	7:46	10:46	210	7:46
7:54	10:54	242	7:54	9:54	13:54	242	7:54	7:47	10:47	210	7:47
7:55	10:55	242	7:55	9:55	13:55	242	7:55	7:48	10:48	210	7:48
7:56	10:56	242	7:56	9:56	13:56	242	7:56	7:49	10:49	210	7:49
7:57	10:57	242	7:57	9:57	13:57	242	7:57	7:50	10:50	210	7:50
7:58	10:58	242	7:58	9:58	13:58	242	7:58	7:51	10:51	210	7:51
7:59	10:59	242	7:59	9:59	13:59	242	7:59	7:52	10:52	210	7:52
8:00	11:00	242	8:00	10:00	14:00	242	8:00	7:53	10:53	210	7:53
8:01	11:01	242	8:01	10:01	14:01	242	8:01	7:54	10:54	210	7:54
8:02	11:02	242	8:02	10:02	14:02	242	8:02	7:55	10:55	210	7:55
8:03	11:03	242	8:03	10:03	14:03	242	8:03	7:56	10:56	210	7:56
8:04	11:04	242	8:04	10:04	14:04	242	8:04	7:57	10:57	210	7:57
8:05	11:05	242	8:05	10:05	14:05	242	8:05	7:58	10:58	210	7:58
8:06	11:06	24									